

EU–Wiederaufbauplan: Wenig wirklich Neues

/ Österreich hat seinen Wiederaufbauplan bei der Europäischen Kommission eingereicht. Aber nur 4% des Investitionsvolumens sind komplett neue Projekte. Der Rest ist jeweils zur Hälfte bereits in Umsetzung oder zumindest im Regierungsprogramm vorgesehen. Als Konsequenz wird weniger Geld als erwartet für neue, wirtschaftsbelebende Projekte eingesetzt. Das erhöht den Erwartungsdruck auf weitere Maßnahmen im Rahmen des „Comeback-Plans“. Denn ein zweites Konjunkturpaket, das diesen Namen verdient, fehlt bisher schmerzlich. Ein solches wird aber nötig sein, um Österreichs Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu einem Comeback zu verhelfen, das wirklich alle im Land mitnimmt.



/ Umfang

Der nach Brüssel gelieferte Wiederaufbauplan beinhaltet Projekte in Höhe von EUR 4,5 Mrd. (BMF 2020) – das entspricht 1,2% der nominellen Wirtschaftsleistung 2020. Mit jetzigem Stand wird Österreich EUR 3,46 Mrd. an Zuschüssen aus dem Plan bekommen und damit Projekte über EU-Gelder finanzieren können (0,92% des BIP). Je nach wirtschaftlicher Entwicklung könnte sich die Summe jedoch verändern. Trotzdem ist wahrscheinlich, dass letztlich nicht alle Projekte über den Wiederaufbauplan finanziert werden und der übrige Teil über das nationale Budget gedeckt werden wird.

Die Voraussetzungen des Wiederaufbauplans seitens der EU sind streng. So dürfen zum Beispiel keine Projekte eingereicht werden, die umweltschädlich sind. Mindestens 37% der Mittel im Plan müssen Klimainvestitionen und -reformen sein, mindestens 20% den digitalen Wandel fördern und begleiten. Die Projekte und Reformen im Plan sind deshalb so ausgewählt, dass eine Finanzierung aus der RRF („Recovery and Resilience Facility“) möglich erscheint. Grundsätzlich dürften die Projekte gut in diese Kategorien passen, lediglich bei kleineren Projekten (z.B. Kultur) scheint der Klima- und Digitalbezug stellenweise bemüht.

/ Verhältnis zu anderen wirtschaftlichen Wiederbelebensmaßnahmen

Wichtiges Kriterium für einen erfolgreichen Plan ist, dass die Ausgaben und Investitionen zusätzlich sind und daher einen positiven Effekt auf die Wirtschaftsleistung haben können. Ausgaben, die ohnehin jährlich anfallen (z.B. bestehende Unternehmensförderungen), in den Plan zu packen, würde wohl zu einer Ablehnung seitens der Europäischen Kommission führen. Tatsächlich dürfte es sich bei den Ausgaben im österreichischen Plan um „einmalige“ öffentliche Investitionen und Staatsausgaben handeln (bzw. Subventionen für Unternehmen oder Haushalte). Es werden keine regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben des Budgets ersetzt.

Aus Sicht des Budgets 2021 sind laut Finanzministerium von den EUR 4,5 Mrd. rund EUR 3 Mrd. noch nicht in der österreichischen Budgetplanung berücksichtigt, während EUR 1,5 Mrd. an Maßnahmen bereits im Bundesvoranschlag 2021 bzw. dem aktuellen Bundesfinanzrahmengesetz bis 2024 enthalten sind. Alle Maßnahmen des Plans wurden angeblich erst nach dem 1. Februar 2020 in Kraft gesetzt.

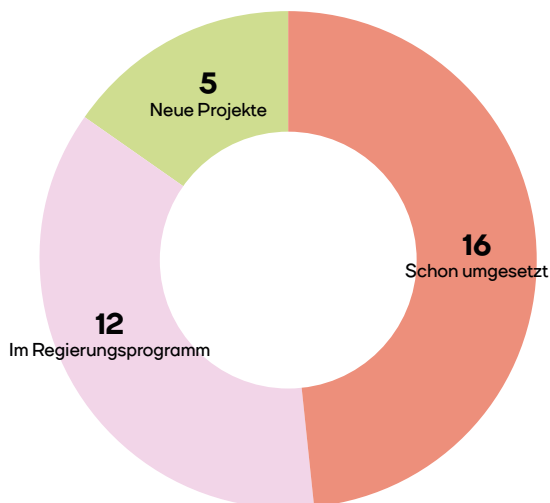
Zwar scheinen diese Zahlen zunächst dafür zu sprechen, dass die Maßnahmen zusätzlich zum Budget des vorherigen Jahres geplant wurden. Allerdings handelt es sich beim Großteil der Maßnahmen um ohnehin schon bekannte Pläne, die kürzlich oder schon vor einigen Monaten angekündigt oder umgesetzt wurden und sich deshalb schon in den Wirtschaftsprognosen widerspiegeln.

Nur 5 der geplanten Investitionsprojekte sind tatsächlich gänzlich neue Ideen (Abb. 1). Knapp die Hälfte (16 Projekte) sind bereits umgesetzt bzw. beschlossen und werden jetzt nur dem Plan zugerechnet. Weitere 12 Projekte sind noch nicht umgesetzte/beschlossene Ideen, die aber schon im Regierungsprogramm als Vorhaben stehen. Mit ihnen nimmt die Bundesregierung ihre ursprünglichen Pläne aus der Zeit vor Corona wieder auf, wenngleich für diese Maßnahmen zum ersten Mal konkrete Zahlen vorliegen. Betrachtet man zusätzlich auch noch die nicht budgetwirksamen eingereichten Reformen, so stehen den 5 neuen Projekten 51 bereits umgesetzte oder im Regierungsprogramm (Österreichische Bundesregierung 2020) vorgesehene Projekte gegenüber. Die Abarbeitung des Regierungsprogrammes ist zwar löblich, scheint aber bemerkenswert minimalistisch angesichts des enormen Ausmaßes der Wirtschaftskrise durch die Pandemie. Das Regierungsprogramm wurde schließlich vor der Pandemie ausgearbeitet, weswegen den Maßnahmen im Regierungsprogramm zwei gute, normal verlaufende Jahre 2020 und 2021 zugrunde liegen.

Betrachtet man das viel relevantere gesamte Investitionsvolumen der oben genannten Projekte, so stammen lediglich 4% aus neuen Projekten. Die verbleibenden 96% dienen als Mittelausstattung oder Aufstockung von bereits in Umsetzung befindlichen Ausgaben (51% – zum Teil coronabedingt), oder aber nur Ausgaben, mit denen Projekte aus dem Regierungsprogramm umgesetzt werden sollen (45%) – siehe Abb. 2.

/Abbildung 1: Anzahl der neuen Investitionsprojekte

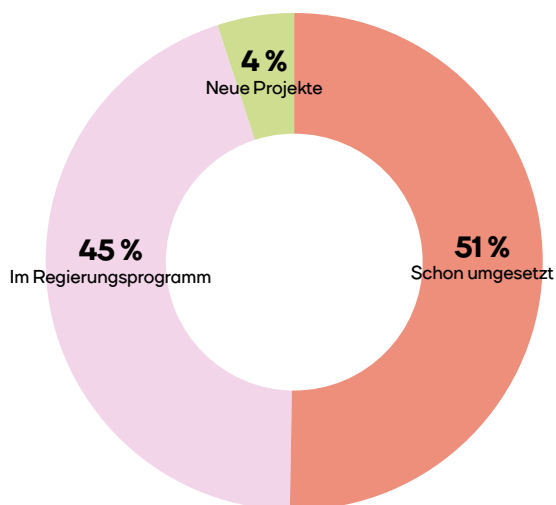
Wiederaufbauplan: Kaum neue Ideen



Quelle: Österreichischer Aufbau- und Resilienzplan 2020–2026

/Abbildung 2: Anteile der neuen Investitionsprojekte am Investitionsvolumen

Wiederaufbauplan: Kaum neue Ideen



Quelle: Österreichischer Aufbau- und Resilienzplan 2020–2026

/ Makroökonomische Einschätzung

Die Maßnahmen des Programmes umfassen Investitionen von etwa EUR 4,5 Mrd., verteilt auf die Jahre 2020 bis 2026. Das entspricht rund 1,2% des BIP, die aber auf sechs Jahre aufgeteilt werden. Vor allem dieser lange Zeitraum macht den gesamtwirtschaftlichen Impuls für Wachstum und Beschäftigung kaum mehr spürbar. Einen starken Schub, um die Schäden der Corona-Krise bei Wirtschaftsleistung und Arbeitslosigkeit zu beheben, wird der Plan alleine somit nicht auslösen können.

Eine dem Dokument beiliegende Simulation des IHS spricht davon, dass das BIP 2023 durch den Plan um 0,2 Prozentpunkte und 2026 um 0,5 Prozentpunkte höher liegen wird. Die Effekte dürften somit sehr gering ausfallen. Ob der geringen investierten Summen verwundert dies aber auch nicht. Denn von 2020–2026 sollen laut IHS jährlich Investitionen in der Höhe von rund 0,16% des BIP aus dem Jahr 2020 getätigt werden, wobei hier realistischerweise von niedrigeren 3,6 Mrd. und nicht von den maximalen 4,5 Mrd. als Investitionen ausgegangen wird.

Welchen Beitrag kann der Plan zur Wirtschaftserholung trotzdem leisten? Den erwarteten Wachstumspfad 2021–2024 inklusive halbwegs kräftiger Wirtschaftserholung kann man mit dem sogenannten Potenzialoutput vergleichen – also der hypothetischen Höhe der Wirtschaftsleistung, hätte es die Corona-Krise nicht gegeben. Effektive und vor allem ausreichend hohe Maßnahmen zur Wirtschaftsbelebung würden es schaffen, diese Lücke weitestgehend zu schließen. Das Momentum Institut hat den zusätzlichen BIP-Effekt des Plans als Anteil an dieser Lücke berechnet. Je nach konkretem Pfad für das Potenzialwachstum schließt der Plan im Jahr 2024 nur zwischen 5,6% und 12% dieser sogenannten Produktionslücke. Um also der Corona-Pandemie wirtschaftlich wirklich zu entfliehen, bräuchte es noch viel weitergehende Maßnahmen, die in den nächsten Jahren jährlich zwischen EUR 10 und 20 Mrd. an zusätzlicher Wirtschaftsleistung auslösen müssten.

/ Hoffen auf den Comeback-Plan

Diese Zahlen geben eine Richtschnur, wie viel die Bundesregierung eigentlich mit ihrem Comeback-Plan noch liefern muss. Weil der Wiederaufbauplan für die EU fast nur bereits paktierte Maßnahmen plus eine weitergehende Abarbeitung des Regierungsprogramms enthält, wird er selbst keineswegs ausreichen, um die Wirtschaft wieder ausreichend zu beleben.

Wieviel dafür konkret notwendig ist, hängt zwar immer von den einzelnen Maßnahmen und ihrer Wirksamkeit ab. So bringt eine Senkung der Unternehmenssteuern wenig für das Wirtschaftswachstum, weil viel Geld auf Sparkonten der Unternehmen und deren Eigentümer:innen (mittels Dividenden) landen dürfte, während eine öffentliche Beschäftigungsinitiative für Langzeitarbeitslose die Lücke wohl recht gut schließen könnte, weil Arbeitslose ihr Einkommen fast vollständig konsumieren und so die Wirtschaft beleben. Dennoch lässt sich wohl abschätzen, dass sich der Comeback-Plan insgesamt jedenfalls im niedrigen zweistelligen Milliardenbereich bewegen sollte. Als Richtwert könnten etwa EUR 10 Mrd. jährlich für die nächsten Jahre dienen. Die durchschnittlich rund EUR 580 Mio. bis 2026 an Zuschüssen aus der Wiederaufbaufazilität der EU (RRF), die Österreich mit dem Wiederaufbauplan erhält, sind dabei im Vergleich nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

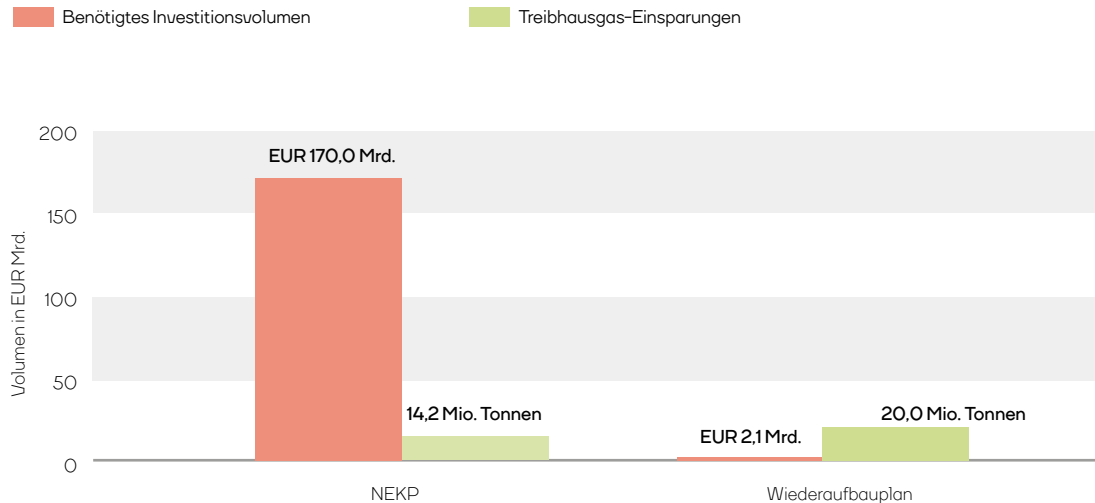
/ Übertriebene grüne Ziele?

Zwar mag der Wachstumseffekt des Planes entsprechend schwach ausfallen, doch wie sieht es angesichts des großen Klimaanteils im Plan mit den CO₂-Einsparungen aus? Der Wiederaufbauplan spricht im vorliegenden Entwurf (unter Vorbehalt) davon, dass die Durchführung der Maßnahmen eine Einsparung von bis zu 20 Mio. Tonnen CO₂ pro Jahr bringen soll. Die Pro-Kopf Emissionen sollen damit von 9,2 auf 6 Tonnen pro Jahr sinken. Wie diese Zahlen berechnet werden, bleibt allerdings unklar. Zum Vergleich: Der nationale Energie- und Klimaplan (NEKP) der Bundesregierung soll bei einem gesamten Investitionsvolumen von EUR 166–173 Mrd. im Zeitraum von 2021 bis 2030 Einsparungen von 14,2 Mio. Tonnen bringen (BMK 2019). Nimmt man die Zahlen des Wiederaufbauplans ernst, so führt das zu absurden Schlüssen: Dass die Maßnahmen des Wiederaufbauplans 115-mal effizienter seien als jene des NEKP, darf man berechtigterweise bezweifeln. Eine realistische Einschätzung zu den CO₂-Einsparungen liegt somit noch nicht vor.

/ Abbildung 3: Gegenüberstellung der Klimainvestitionsvolumina und ihrer Wirkung auf THG-Einsparungen: NEKP und Wiederaufbauplan

Überzogene CO₂-Spareffekte im österreichischen EU-Plan?

Im Wiederaufbauplan sollen Klimainvestitionen 115-mal effektiver sein als im Nationalen Energie- und Klimaplan



Quelle: Österreichischer Aufbau- und Resilienzplan 2020–2026, NEKP

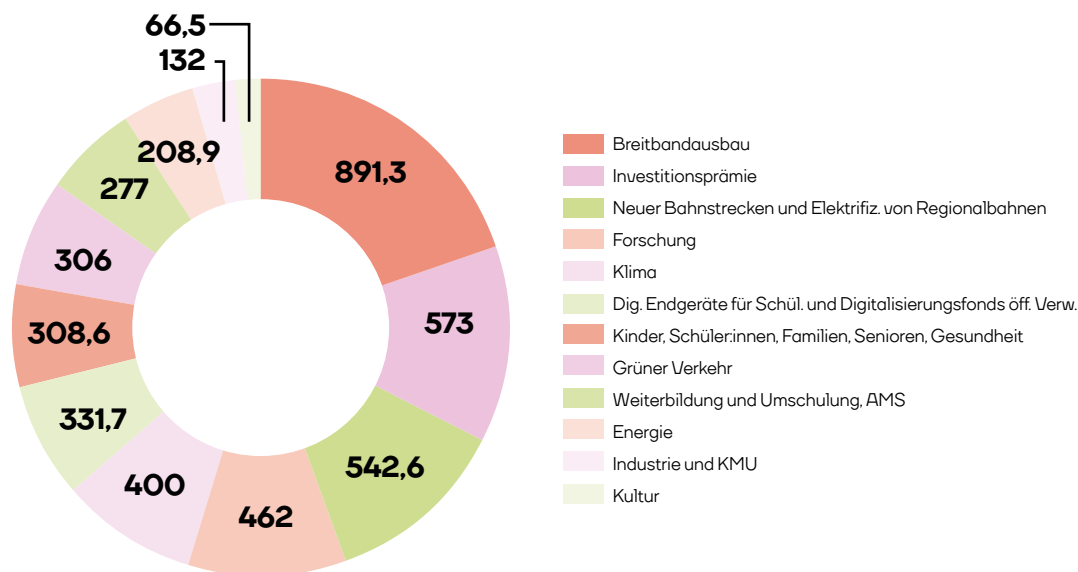
/ Die Maßnahmen im Detail

Mit ihrem Wiederaufbauplan verfolgt die Bundesregierung vier Hauptziele, die sich aus den Schwerpunkten der Europäischen Union für die Wiederaufbaufazilität ergeben (ÖAR, S.12):

- / 1. Sicherstellung, dass Österreich seine Klimaziele wachstumsstärkend erreichen wird, insbesondere im Bereich der Mobilität, der Gebäude und der Energieerzeugung (Nachhaltiger Aufbau)
- / 2. Digitalisierung verstärkt zur Resilienzstärkung und Bürger:innen/Unternehmensentlastung einsetzen (Digitaler Aufbau)
- / 3. Pandemie-bedingte Bildungsdefizite abbauen (Wissensbasierter Aufbau) und Schwerpunkte für Forschung und die industrielle Zukunft Österreichs setzen
- / 4. Inklusion und Resilienz am Arbeitsmarkt und in den Regionen Österreichs vorantreiben (Gerechter Aufbau, Wissensbasierter Aufbau, Digitaler Aufbau)

/ Abbildung 4: Darstellung der Investitionsvolumina nach Themenbereichen

Geplante Ausgaben im Wiederaufbauplan



Quelle: Österreichischer Aufbau- und Resilienzplan 2020–2026
Anmerkung: Ausgaben in EUR Mio.

/ Die größten Brocken

Konkret bedeutet dies, dass ein Fünftel des gesamten Volumens als größte Einzelmaßnahme für den **Breitbandausbau** (Gigabit-fähige Netze und Anbindungen) aufgewendet werden soll. Obwohl diese sehr sinnvolle Maßnahme im Regierungsprogramm steht, und sogar schon in Programmen vorheriger Regierungen (z.B. Schwarz-Blau 2) stand (Rechnungshof 2018), findet nun erstmals eine konkrete Mittelbedeckung mit knapp EUR 900 Mio. statt. Telekom-Betriebe sollen 50–65% der Projektkosten erstattet werden, vor allem auch im ländlichen Raum. Zum Teil wird dies aber bereits schon jetzt im Kommunalinvestitionsgesetz gefördert.

Mit Summen jeweils um EUR 0,5 Mrd. sind drei Gruppen des Plans bedeckt:

Hinter dem Begriff „Digitale und ökologische Investitionen in Unternehmen“ verbirgt sich die während der Corona Pandemie bereits beschlossene **Investitionsprämie**. Sie gibt es seit letztem Herbst und wurde in der Zwischenzeit mehrfach auf EUR 3 Mrd. aufgestockt – EUR 573 Mio. davon will die Republik über den Plan finanzieren. Immerhin das Ziel des grünen Teils der anzurechnenden Prämie klingt gut: 10.300 Elektro-Autos, 100 Ladestationen, 5.000 Photovoltaikstationen und 1.000 thermische Sanierungen sollen ermöglicht werden. Außerdem sollen Energieeffizienzinvestitionen von bis zu 500 Unternehmen gefördert werden. Dabei dürfte allerdings ein erheblicher Mitnahme- oder Vorzieheffekt vorhanden sein. Vom Antragsvolumen EUR 30 Mrd. schätzt der Budgetdienst (2020) den Anteil an zusätzlichen Investitionen, die ohne Prämie nicht stattgefunden hätten, nur auf rund 10% ein. Dennoch ist die Investitionsprämie konjunkturpolitisch wohl eine der sinnvolleren Maßnahmen für den privatwirtschaftlichen Sektor.

Ein Teil der Kosten des **Koralmtunnels** soll durch die Wiederaufbaumitteln des RRF zurückgeholt werden (EUR 543 Mio. bei Gesamtkosten von EUR 1.366 Mrd.). Das Projekt firmiert im Plan unter dem Titel „Errichtung neuer Bahnstrecken und Elektrifizierung von Regionalbahnen“.

EUR 462 Mio. gibt es insgesamt für die **Forschung**. So soll eine digitale Forschungsinfrastruktur eingerichtet werden. Ein paar Zukunftsfelder werden bedacht: Investitionen für die Produktion von alternativen Antrieben (insbesondere E-Motoren) und die Förderung der Quantenwissenschaft. Ein

Institut für Präzisionsmedizin soll am AKH Wien neu aufgebaut werden. Die Pläne hierfür bleiben allerdings sehr unkonkret. Bereits im Rahmen von EU-Forschungsgeldern gefördert werden drei Halbleiterfirmen (IPCEI Mikroelektronik und Konnektivität). Neue Fördergelder wurden bereits im Herbst ausgeschrieben. Die Förderung für Wasserstoff-Forschung ist ebenfalls bereits ausgeschrieben und soll bald kommen (IPCEI Wasserstoff).

/ Im Mittelfeld

Mit EUR 400 Mio. werden für eine Reihe weiterer **Klimaschutzprojekte** verwendet. Dazu gehört die Aufstockung des Biodiversitätsfonds, klimafitte (sanierte) Ortskerne oder Reparaturförderungen für elektrische und elektronische Geräte. Außerdem sollen Investitionen in Leergutrücknahmesysteme und Maßnahmen zur Steigerung der Mehrwegquote für Getränkegebinde sowie die Nachrüstung von Sortieranlagen gefördert werden.

Was die **Digitalisierung** betrifft, so sollen zwei Projekte mit insgesamt mit EUR 332 Mio. unterstützt werden: Einerseits die Digitalisierung der staatlichen **Verwaltung**, andererseits **digitale Endgeräte** und E-Learning für Schüler:innen.

Etwas über EUR 300 Mio. machen zudem Maßnahmen für **Kinder, Schüler:innen, Familien, Senior:innen, Ärzt:innen & Patient:innen** aus. Einerseits soll die Elementarpädagogik ausgebaut werden (sprich: 33% Betreuungsquote bei unter 3-Jährigen erreicht). Ein Förderstundenpaket für Nachhilfe im Sommer ist geplant, eine sinnvolle und notwendige Maßnahme, um pandemiebedingte Defizite der Schüler:innen aufzuholen. Weiters soll es einen elektronischen Mutterkindpass geben. 206 Betreuer:innen-Stellen sollen im Rahmen von „Frühen Hilfen“ für sozial benachteiligte Schwangere, ihre Kleinkinder und Familien geschaffen werden. Im Rahmen des Projekts „Community Nurses“ sollen lokale Pflegekräfte verschiedene Gesundheits- und Sozialdienste koordinieren (häusliche Pflege, Ärzt:innen, etc.), sodass Menschen so lange wie möglich im eigenen Heim verbleiben können ohne in die stationäre Pflege zu müssen. Schlussendlich sollen auch Primärversorgungszentren (Gruppenpraxen) gefördert werden. Nichts von alledem ist neu. Manches ist schon sehr konkret in Umsetzung, anderes wiederum erst eine Absichtserklärung mit Budgetentwurf. Dennoch hätte man sich mehr dieser Projekte im Wiederaufbauplan gewünscht, weil sie konkrete Probleme angehen und öffentliche Stellen in unterbesetzten Bereichen schaffen.

Ebenso viel Geld ist für „grünen motorisierten (Schwer)Verkehr“ veranschlagt. Die Förderung von **Elektrobussen** für Bus- und Transportunternehmen macht EUR 256 Mio. aus, die Förderung von **Elektro-LKWs** 50 Mio.

/ Weitere kleine Projekte

Mit EUR 277 Mio. investiert die Bundesregierung auch noch die **Weiterbildungs- und Umschulungsinitiative** (inklusive Bildungsbonus) 2021–2022, sowie ein paar weitere Arbeitsmarktprogramme des **AMS**. Grundsätzlich sind die Programme gut. Allerdings sind auch sie großteils schon längst angelaufen. Ein großes, weitaus wichtigeres zusätzliches Programm für Langzeitarbeitslose hat hingegen keine Berücksichtigung gefunden.

Von EUR 400 Mio. für den **Austausch von Heizkesseln** will die Bundesregierung 159 Mio. mit RRF-Mitteln finanzieren. EUR 50 Mio. wiederum werden **gegen Energiearmut** für Haushalte mit niedrigem Einkommen, Sozialwohnungs-Betreiber:innen und Energiefirmen zur Verfügung gestellt, für die bisher ETS-Einnahmen verwendet werden sollen.

Industrie und KMUs erhalten ein weiteres Package um EUR 132 Mio. **Wasserstoff** und **grüne Biomasse** sollen mit EUR 100 Mio. subventioniert werden, für die Digitalisierung der „KMUs“ stehen im KMU E-Commerce Plan EUR 32 Mio. zur Verfügung, der jetzt aber für alle Sektoren und Unternehmensgrößen geöffnet werden soll.

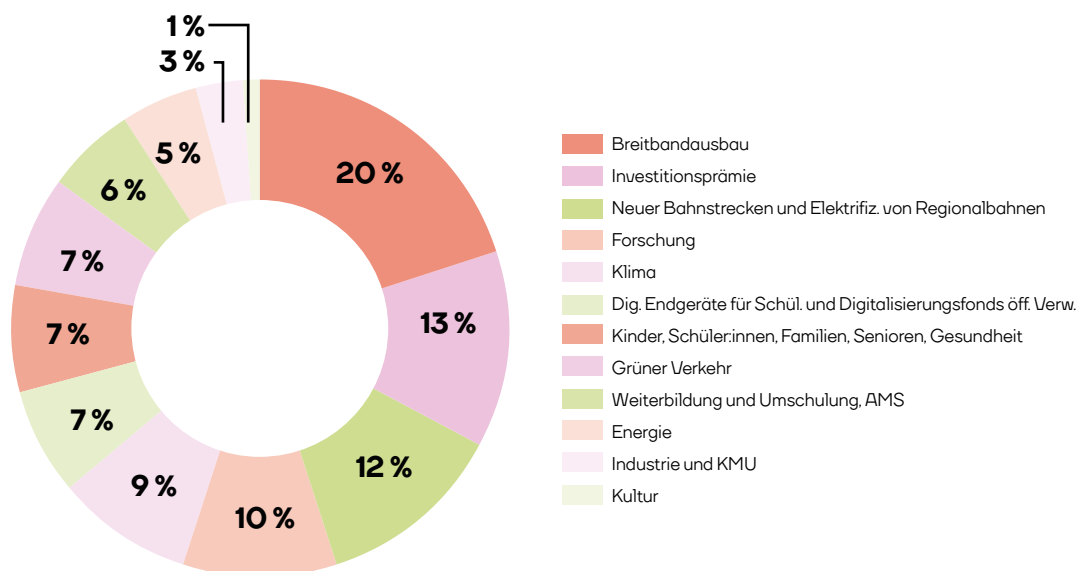
Schlusslicht im Programm ist die **Kultur** mit EUR 67 Mio. Darunter fallen beispielsweise die Sanierung des Volkskundemuseums Wien und der Prater Ateliers, aber auch die „Digitalisierungsoffensive Kulturerbe“ oder der Investitionsfonds „Klimafitte Kulturbetriebe“ (Perspektiven Kultur).

/Reformen

Neben den angekündigten Investitionen verpflichtet sich Österreich im Rahmen des Programms auch zu Reformen, die ohne finanzielle Bedeckung angeführt werden. Sie orientieren sich noch stärker am Regierungsprogramm als die Investitionsprojekte. 25 bereits bekannten Reformen stehen nur zwei gegenüber, die noch nicht im Regierungsprogramm angekündigt sind. Darin finden sich sinnvolle Reformen, die teilweise schon auf Schiene sind und gut mit den Investitionsteilen des Plans harmonieren. Dazu gehören das Verbot von Ölheizungen oder das 1-2-3-Klimaticket. Einer der größten angeführten, aber noch unkonkreten Brocken ist die Besteuerung von CO₂. Was eine Reform wie eine Nationale Finanzbildungsstrategie, die darauf abzielt Personen stärker zu risikoreichen Anlagen in Privatpensionen zu überreden, in einem nationalen Wiederaufbauplan zu suchen hat, ist unklar. Auch beim angeführten Pensionssplitting bleiben noch viele Fragen offen.

/ Abbildung 5: Aufteilung der Investitionsgelder nach Themenbereichen (in Prozent am Gesamtinvestitionsvolumen)

Geplante Ausgaben im Wiederaufbauplan



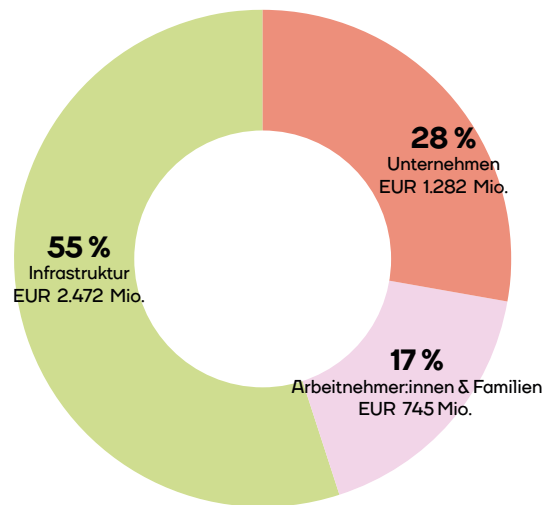
Quelle: Österreichischer Aufbau- und Resilienzplan 2020–2026

/Verteilung

Generell gestaltet sich eine Zuordnung von Investitionen oftmals schwierig. Die Zahlung erhält zwar meist konkret eine Gruppe, aber der Nutzen kommt unter Umständen mehreren gesellschaftlichen Gruppen zugute. Soweit als möglich lassen sich die Gelder des Wiederaufbauplans auf die Gruppen „Unternehmen“, „Arbeitnehmer:innen & Familien“ sowie „Infrastruktur“ zuordnen, die allen zugute kommt. Unternehmen erhalten ein gutes Viertel des Plans, während Arbeitnehmer:innen und Familien nur rund 17% des Wiederaufbaufonds bekommen. Der große Rest – über die Hälfte – besteht allerdings aus Infrastrukturinvestitionen, die zum Beispiel den Breitband- oder Bahnstreckenausbau enthalten.

/Abbildung 6: Aufteilung der Investitionsgelder nach Empfänger:innen-Kategorie

An wen gehen die EU-Gelder?



Quelle: Österreichischer Aufbau- und Resilienzplan 2020–2026

/Fazit

Liest man den Plan, erhärtet sich unweigerlich der Eindruck, dass die Bundesregierung – wohl unter Zeitdruck, weil man zu spät begonnen – kaum neue Policies entwickelte. Der Plan besteht hauptsächlich aus bereits umgesetzten oder im Regierungsprogramm ohnehin vereinbarten Maßnahmen. Die konkrete Mittelzuteilung zu Projekten im Regierungsprogramm ist zwar zu begrüßen, die Chance, zusätzliches, neues Geld zu investieren, wurde aber teilweise vergeben. Nur weil mit dem vorläufigen Ende der schwersten Auswirkungen der Pandemie mittels Impfung und Herdenimmunität ein Aufschwung wartet, heißt das noch nicht, dass nicht nachhaltige Schäden für viele Menschen im Land angerichtet wurden, die sich nicht so leicht wieder gut machen lassen. Arbeitslosigkeit, Einkommensverluste, Bildungsverluste, und viele weitere Auswirkungen lasten auf einer ausreichenden, dauerhaften Wiederbelebung der Wirtschaft. Grundsätzlich hat die Bundesregierung mit ihrem „Comeback-Plan“ allerdings die Chance, das noch nachzuholen und den entsprechenden Schub für die österreichische Volkswirtschaft zu planen und umzusetzen. Der Erwartungsdruck auf diesen steigt allerdings deutlich an. Denn ein zweites Konjunkturpaket, das diesen Namen verdient, fehlt bisher schmerzlich, um Österreichs Wirtschaft tatsächlich zu einem Comeback zu verhelfen.

/ Literaturverzeichnis

BMF (2021): Österreichischer Aufbau- und Resilienzplan 2020–2016 (Entwurf 12. April 2021), Bundesministerium für Finanzen.

BMK (2019): Integrierter Nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich. Periode 2021–2030. Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, Online: https://www.bmk.gv.at/dam/jcr:032d507a-b7fe-4cef-865e-a408c2f0e356/Oe_nat_Energie_Klimaplan.pdf [15.04.2021].

Budgetdienst (2020): Auswirkungen des Konjunkturpakets 2020. Anfragebeantwortung des Budgetdienstes. Korrigierte Version. Online: <https://www.parlament.gv.at/ZUSD/BUDGET/2020/BD - Anfragebeantwortung zu den Auswirkungen des Konjunkturstaerkungspakets 2020.pdf> [15.04.2021].

Österreichische Bundesregierung (2020): Aus Verantwortung für Österreich: Regierungsprogramm 2020–2024. Online: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:7b9e6755-2115-440c-b2ec-cbf64a931aa8/RegProgramm-lang.pdf> [15.04.2021].

Rechnungshof (2018): Bericht des Rechnungshofes. Österreichische Breitbandstrategie 2020 (Breitbandmilliarde). Reihe BUND 2018/46, Online: <https://www.rechnungshof.gv.at/rh/home/home/Breitbandmilliarde.pdf> [15.04.2021].

/ Kontakt

/ Momentum Institut
Märzstraße 42/1, 1150 Wien, Österreich
kontakt@momentum-institut.at

www.momentum-institut.at

